

Eine sichere Stromversorgung und schnelles Internet sind essentiell für eine florierende Wirtschaft in Deutschland. Das Gelingen dieser Themen liegt allein in den Händen der Gemeinden. Hubert Aiwanger (42), Bundes- und bayerischer Landes-Vorsitzender der Freien Wähler, exklusiv zu der aktuellen Situation in den Gemeinden und der nötigen Unterstützung durch Bund und Land ... von Elke Neureuther

? *Wie bewerten Sie den Ausgang der Bundestagswahl?*

! Daß auf Bundesebene die CDU/CSU gewählt worden ist, hat sicher mit der Angst vor Veränderung der Menschen – nach dem Motto „Mutti wird’s schon richten“ – zu tun. Ebenso wie in Bayern die CSU gewählt wurde, weil der bayerische Wähler Angst hatte, daß die CSU nicht mehr am Ruder sein könnte. Dazu kommt eine diffuse Angst



” *Es ist ein Trauerspiel, wenn sich heute eine Kommune ein Ingenieurbüro nehmen muß, um Aufgaben abzuwickeln, die eigentlich Staatsaufgaben sind ...* **“**

vor Rot-Grün und den damit einhergehenden Steuererhöhungen. Deshalb haben wohl viele CSU gewählt, ärgern sich aber inzwischen schon wieder darüber.

? *Was bedeutet der „Wegfall“ der FDP?*

! Dadurch ist in der bürgerlichen Mitte Platz für eine neue Gruppierung. Da wollen die Freien Wähler auf jeden Fall die Wirtschafts- und Mittelstandsthemen besetzen. Vor allem Themen wie schnelles Internet, eine vernünftige und wirtschaftsfreundliche Steuerpolitik mit unserer Forderung nach Abschaffung der Erbschaftssteuer sowie Themen der Freiberufler und Handwerksbetriebe. Besonders vor dem

Hintergrund eines neuen Freihandelsabkommens mit den Amerikanern, an dessen Ende wahrscheinlich wieder nur die Großkonzerne die Verhandlungen führen. Deshalb müssen wir aufpassen, daß regionale und mittelständische Strukturen nicht unter die Räder kommen bei all dieser Globalisierung.

Günstigere Strompreise möglich?

? *Wie bewerten Sie denn vor diesem Hintergrund die EEG-Umlage?*

! Das Problem ist, daß die Großen davon ausgenommen sind und die

kleineren Unternehmen sowie die Verbraucher damit umso mehr belastet werden. Die großen Stromverbraucher müßten aber mit ins Boot geholt werden, um die Finanzierung auf breitere Schultern zu verteilen. Auf alle Fälle müssen die marktbeherrschenden Strukturen angegangen werden, weil ich weiterhin davon überzeugt bin, daß die günstigen Strompreise von der Leipziger Börse weitergegeben werden könnten, wenn man denn wollte. Das passiert zu wenig.

? *Ist die Energiewende inzwischen zum Stehen gekommen?*

! Ich glaube, wir stehen jetzt an einer Wand. Wenn wir diese überwunden haben, dann kommt wieder ein großer

Schub. Das Problem, das sich zur Zeit wie eine Wand darstellt, ist die unzureichende Speicherfähigkeit des Stroms. Wir haben teilweise Windräder in der Landschaft stehen, die zeitweise abgeschaltet werden müssen, weil sie zu viel Strom produzieren. Das ist ein Luxusproblem, denn bis vor ein paar Jahren war man der Meinung, daß die Windräder Kinderspielzeug seien und nichts erzeugen könnten. Heute erzeugen sie aber so viel Strom, daß man diesen nicht mehr sofort verbrauchen kann. Deshalb müssen wir diesen Strom speicherfähig machen. Dann sind wir bei der Methanisierung und dem Speichern des erneuerbaren Stroms. So wäre dann die Energiewende nicht mehr zu stoppen.

? Welche Rolle spielen die Gemeinden bei der Energiewende?

! Eine sehr zentrale Rolle. Dort prallt alles aufeinander, was aufeinanderprallen

kann. Sie sind die Akteure, die vor Ort die Energiestandorte zur Verfügung stellen müssen und das mit den Bürgern koordinieren. Beim Bürgermeister wird dann einerseits die Bürgerinitiative vorstellig, die gegen das Windkrafttrad ist, und andererseits wird bei ihm auch der Bauplan für das Windkrafttrad eingereicht. Beim Bürgermeister prallen also beide Fronten aufeinander. Da ist Fingerspitzengefühl der Kommune gefragt, um diese Dinge zu steuern und dazu brauchte man auf jeden Fall mehr Rückendeckung von Land und Bund. Es braucht ebenso eine saubere Beteiligung der Gemeinden am Verkauf der Energie. Die Verteilregelung von Windstrom gilt inzwischen richtigerweise auch für Photovoltaikstrom. Aber in meinen Augen wird da steuerpolitisch noch zu viel getrickelt. Da stehen Anlagen vor Ort, für

” Auf alle Fälle müssen die marktbeherrschenden Strukturen angegangen werden ... “

Grundlast durch Gaskraftwerke sichern

? Wie läßt sich bei dem Gemisch von Erzeugungsvarianten die Versorgungssicherheit herstellen?

! Das Problem ist ja die Grundlastfähigkeit – und die wurde bis dato von der Atomenergie abgedeckt. Ich halte

es durchaus für möglich, daß wir in der Übergangszeit Gaskraftwerke brauchen, ob jetzt einige wenige große – bisher ist ja die Rede von zwei bis drei großen Kraftwerken in Bayern, um die Atomenergie zu ersetzen – oder eher kleine. Mir wäre es lieber, wenn man es mit vielen kleinen Gaskraftwerken machen würde als mit wenigen großen. Bei den großen müßte dann der Staat mit ins Boot gehen. Er müßte sich als Bauherr betätigen und Gaskraftwerke hinstellen, wenn es nicht gelingt, genügend kleine Blockheizkraftwerke zu bauen. Aber das ist in meinen Augen die wichtigste Hürde, diese Grundlastfähigkeit abzudecken. Das Gas könnte man dann im zweiten Schritt, und damit schließt sich der Kreis für die erneuerbaren Energien und die Methanisierung, nicht mehr aus Rußland beziehen, sondern hier gleich verwenden, um unsere Gaskraftwerke zu füttern.

? Wie stehen Sie zum Thema Fracking?

! Fracking lehnen wir ab, weil wir sagen, daß bis dato nicht garantiert ist, daß es problemlos angewendet werden kann. Bis heute sind die Mischungen, die in die Erde gepreßt werden, geheim. Wir wurden noch gar nicht genau informiert, welche Chemikalien verwendet werden, und außerdem sehe ich die Gefahr, daß das unterirdische Erzeugen von Rissen zum Vermischen von verschiedenen Wasserformationen führt. Da kann dann belastetes Oberflächenwasser durch Versickern in den Rissen alte, reine Wasserreserven kontaminieren.

Bürger an Geldfluß beteiligen

? Sind Windräder nicht eine Zumutung für die Bürger?

ENERGIEWENDE UND BREITBANDAUSBAU: Gemeinden nicht im Regen stehen lassen ...



die jahrzehntlang kein Cent Gewerbesteuer bezahlt wird, weil Abschreibungsmodelle angewendet wurden.

Deshalb muß man dafür sorgen, daß ab dem Verkauf der ersten Kilowattstunde von einer Photovoltaik- oder Windkraftanlage Geld in die Gemeindekasse fließt. Dadurch erhöht sich auch die Bereitschaft der Bevölkerung, sich daran zu beteiligen. Für die größeren Kommunen spielen dann noch Themen wie die Rückübertragung der Netze und Bürgergenossenschaften eine Rolle. In den Kommunen entscheidet sich, ob die Energiewende gelingt. Dazu braucht es die Rückendeckung des Bundes und die ist bis dato zu wenig gegeben. Die Landes- und Bundesebene möchten den Kommunen doch gar nicht helfen, weil sie die Energiewende noch gar nicht richtig wollen.

**Energiewende ...****GEMEINDEN NICHT IM
REGEN STEHEN LASSEN**

Ich glaube, da muß man differenziert herangehen. Diese 10H-Regelung ist mir zu stumpfsinnig. Es kann mal sein, daß eine Anlage 600 Meter vom Anwesen entfernt keine große Belastung ist, wenn es eine einzelne ist und der Schattenwurf nicht aufs Haus fällt. Wenn man aber in eineinhalb oder zwei Kilometern Entfernung eine Ansammlung von Windrädern hat, die sich in Blickrichtung befinden, kann das belastender sein als ein Einzelrad. Die reine Abstandsregelung hilft da nicht, sondern man muß die Vielzahl der Belastungsfaktoren addieren und im Einzelnen beurteilen. Grundsätzlich müssen wir weiterhin auf Windkraftausbau setzen, aber mit Fingerspitzengefühl und unter Einbeziehung der Leute. Das gelingt am besten, wenn die Bürger dann am Geldfluß beteiligt sind, durch Geldrückfluß in die Gemeindekasse – um zum Beispiel die Kindergärtnerin zu bezahlen. Dann ist das für eine Gemeinde wesentlich akzeptabler, als wenn ein Windrad einfach irgendwo in der Landschaft abgestellt wird, und man sieht dann 20 Jahre lang nichts als den Schatten davon.

? *Werden intelligente Stromzähler sich durchsetzen bei all den Datenschutzspannen?*

Es ist für mich schwer erklärbar, wieso dies in der Praxis nicht schon viel weiter eingesetzt wurde. Es liegt auf der Hand, daß man mit Smart Grid, also intelligenter Steuerung, in Überschusszeiten den Strom günstiger abgeben müßte. Das ist aber immer noch kaum der Fall, weil die Politik kein Interesse daran hat, hier die Energiewende gelingen zu lassen. Die Erzeuger wollen den Strom nicht billig abgeben, sondern in der Spitze lieber die Erzeugung reduzieren, um ihn dann hinterher wieder teuer verkaufen zu können. Deshalb wäre es dringend nötig, daß man das flächendeckend hinbekommt. Technisch ist das ja gelöst, es muß nur noch eingebaut werden, sodaß die Anbieter den Strom in einer Überschussituation billiger abgeben müssen.

Schnelles Internet – weiße Flecken überall

? *Für Smart Grid braucht man ja schnelle*

Internetleitungen, also Breitband. Gibt es in Bayern überhaupt noch weiße Flecken?

Ich würde sagen, daß Bayern fast ein einziger großer weißer Fleck ist, wenn man von heutigen Ausbaustandards redet. Wenn man von 1 Mbit/s ausgeht, haben wir wohl den Großteil Bayerns ausgebaut. Wenn man aber von 50-100 Mbit/s redet, ist der größte Teil Bayerns meiner Ansicht nach unterversorgt.



Da muß schnell etwas passieren. Minister Söder geht ja schon einen kleinen Schritt in die richtige Richtung, aber der ist viel zu zaghaft. Da sind wieder nur die 500.000 € Förderung im Gespräch. Das müßte mindestens auf 1 Mio. € aufgestockt werden. Außerdem ist das Antragsverfahren zu kompliziert, und die Definition der Kumulationsflächen ist auch ein Fehler. Ziel muß es sein, jeden Haushalt ohne Ansehen der Person zu versorgen.

? *Wie können Gemeinden bei dieser Aufgabe unterstützt werden?*

Schritt eins wäre die Definition des schnellen Internets als Grundversorgung, wie es jetzt Ministerpräsident Seehofer plötzlich erkannt hat. Kaum haben wir Freien Wähler es fünf Jahre lang gefordert, hat er es auch erkannt. Das müßte schnellstens so sein wie beim Ausbau des Telefonnetzes. Nachdem schnelles Internet als Grundversorgungsauftrag definiert ist, bekommt ein Telekommunikationsanbieter nur dann die Lizenz, wenn er dieses Ausbauziel verfolgt. Verfolgt er dieses Ziel nicht, macht es eben der Staat wie früher beim Telefon. Es kann mir keiner erklären, warum dies zwischen einem Telefon- und einem Internetanschluß so unterschiedlich gehandhabt werden soll. Es ist ein Trauerspiel, wenn sich heute eine Kommune ein Ingenieurbüro nehmen muß, um Aufgaben abzuwickeln, die eigentlich Staatsaufgaben sind. Unsere Kommune im niederbayerischen Rottenburg an der Laber steigt gerade in das neue Breitbandprogramm ein, und dazu brauchen wir ein Ingenieurbüro, das wir selber bezahlen müssen. Hilfestellung und Planung müßten von oben kommen. Es kann nicht sein, daß die etwas intelligentere Kommune, wo

der Bürgermeister etwas weiter denkt, in die nächsten Jahre plant, und in anderen Gemeinden wird abgewartet, ob neue Förderprogramme aufgelegt werden oder ähnliches. Es kann nicht davon abhängen, wie viel Geld eine Kommune hat und wie schlaue der Bürgermeister ist. Das muß staatlich geplant von oben laufen, ohne daß es die Kommune etwas kostet. Man sieht bei diesem Thema so viel Fehlplanung. Kommunen bauen teilweise Netze auf und erfahren dann im Nachgang, daß sie knapp neben ihrem Glasfaserkabel schon längst eines liegen hatten, aber niemand hat davon gewußt. Das Wissen darüber muß zusammengeführt werden. Vieles ist dabei bisher dem Zufall überlassen.



... Die Privatisierung war ein Fehler, und jetzt steht sie dem Ausbau im Weg ...



? *Eine Sammlung an Infrastrukturmaßnahmen gibt es. Reichen die nicht aus?*

Die hinken hier, sage ich mal, der Entwicklung zehn Jahre hinterher. Im Baltikum und in Asien gibt es Länder, die uns deutlich voraus sind. Deshalb müssen wir das von oben her zentral durchplanen. Die letzte Aussage ist, daß der Bund 1 Mrd. € in die Hand nehmen will. Da muß aber mindestens noch eine Null dran. Internet ist in unserem Kommunikationszeitalter das wichtigste Medium und mindestens so wichtig wie der Straßenbau.

Gemeinden brauchen mehr Förderung und Unterstützung

? *Gibt es denn in den Ministerien ausreichend Personal für solche Aufgaben?*

Bis dato sehe ich den politischen Willen gar nicht. Vor ein paar Jahren hat Erwin Huber als bayerischer Wirtschaftsminister gesagt, daß der Breitbandausbau nicht Aufgabe des Staates sei. Dann hat Minister Zeil als Nachfolger 2011 gesagt, daß der Breitbandausbau abgeschlossen sei, sobald wir überall 1 Mbit/s hätten. Außerdem wurde vergessen, rechtzeitig in Brüssel das Nachfolgeprogramm anzuleiern. Dieses politische Versagen sehe ich als Hauptschuld. Jetzt geht es weiter mit Söder, der merkt, daß hier viel aufzuholen ist und nachzubessern versucht – aber auch er ist mit seinem Ministerium und Stellen bis dato zu schwach aufgestellt. Die Beratung

muß durchgehen bis auf die Kommune. Man hat aber auch in den Regierungen jeweils nur einen Ansprechpartner, der die Anträge der Kommunen abwickeln muß. Das ist alles nicht dazu geeignet, diese Herkulesaufgabe zu bewältigen. Da muß erstmal personell gestärkt werden. Bei den Kommunen besteht die Unsicherheit, ob sie jetzt das Thema angehen oder nicht. Darüber wird debattiert, weil jeder sagt, daß in einem halben Jahr vielleicht ein neues Förderprogramm kommt. Bis dato war es so, daß die Gemeinden, die eingestiegen sind, besser noch ein halbes Jahr gewartet hätten, dann hätte ein besseres Programm vorgelegen. Da haben die Gemeinden sich dann zu Recht geärgert, daß sie schon Geld in die Hand genommen haben. Zeil hat deshalb damals bei dem 100.000-€-Programm gesagt, daß bei einer Aufstockung auf 500.000 € die Gemeinden die Betroffenen seien, die schon beim 100.000-€-Programm eingestiegen sind. So habe man dann die anderen Gemeinden im Regen stehen lassen, damit keine Gemeinde sagen kann, den anderen ginge es zu gut, sondern allen

gleich schlecht. Es müßte Bestandteil eines Programms sein, daß eine Kommune in ein neues Programm umsteigen kann und ihr dadurch die frühen Bemühungen nicht zum Verhängnis werden. Es muß eine Öffnungsklausel mit rein. Sonst lehnen sich nämlich viele zurück und warten darauf, daß es ein besseres Programm gibt, wenn der Druck steigt. Aber genau das ist kontraproduktiv und macht alles am Ende um ein Mehrfaches teurer, weil es dadurch ein Flickenteppichausbau ist. Wenn der Ausbau im Großen geplant wird, ist das viel einfacher. Am Ende braucht jedes Haus seinen eigenen Anschluß, deshalb sollte man gleich das Ziel angehen, es flächendeckend umzusetzen.

🔍 *Welche Rolle spielt bisher die Zusammenarbeit der Gemeinden?*

🗣️ Hier geht es nicht nur um die Gemeindegrenze, sondern auch um den Vorwahlbereich. Ganz konkret war das auch in Rahstorf so, wo ich herkomme. Da haben wir dieselbe Telefonvorwahl wie die Nach-

barkommune. Zu unserem Vorteil verstehen sich die beiden Bürgermeister, beide auch Freie Wähler, sehr gut, sodaß die Zusammenarbeit klappt. Deshalb können wir uns dort mit anhängen. Wenn hier politisch Funkstille herrschen würde, wäre bis heute nichts passiert. Diese Synergieeffekte sind möglich, aber viel zu wenig genutzt, da zu wenig Draufsicht auf die Planung herrscht. Es ist aber genauso ein Humbug, daß die Telekommunikationsanbieter gegeneinander arbeiten. Teils ist es so, daß die einen den anderen die Leitungen nicht geben und den jeweils anderen nicht mit drauf lassen. Dann legt der zweite Anbieter parallel daneben eigene Leitungen. So werden auch verschieden Stadtteile von verschiedenen Anbietern erschlossen, je nachdem, wer die Ausschreibung gewinnt. Da ist der Staat gefragt. Die Privatisierung war ein Fehler, und jetzt steht sie dem Ausbau im Weg. Wir werden dieses Thema deshalb immer wieder aufkochen und dranbleiben.



FINANZIEREN

Ohne uns fehlt Ihnen was.



LfA FÖRDERBANK BAYERN

Beratung. Finanzierung. Erfolg.

Wir fördern Ihr Unternehmen – damit es Erfolg hat.

Sie haben ein mittelständisches Unternehmen?
Die LfA Förderbank Bayern unterstützt Sie mit zinsgünstigen und langfristigen Finanzierungen.

Lassen Sie sich persönlich und kostenlos beraten.
Telefon: 0800 / 21 24 24 0

www.lfa.de

